
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 14.12.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Brigitte Cziehso (SPD)

Wolfgang Kerak (SPD)

Dieter Mendrina (SPD)

Hans-Jörg Piasecki (SPD)

Walter Teumert (SPD)

Peter Vaerst (SPD)

anwesend bis 17.50

Rüdiger Weiß (SPD)

Wolfgang Barrenbrügge (CDU)

Peter Dörner (CDU)

Wilhelm Jasperneite (CDU)

Helmut Krause (CDU)

Gerhard Meyer (CDU)

Carl Schulz-Gahmen (CDU)

Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Klostermann (FDP)

Gero-Heinrich Bangerter (FDP)

Werner Sell (DIE LINKE.)

Helmut Stalz (FWG)

Jens Hebebrand (SPD)

Ursula Lindstedt (SPD)

anwesend bis 17.55

sachkundige Bürger

Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel (GFL)

anwesend ab 16.30 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann

Herr Appel, L FD 10

Herr Adam, FD 10

Frau Rauert, PK

Frau Scholz, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Löb, Erster Landesrat und Kämmerer des
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL)

Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Fraktion

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird um die Vorlage DRSNr. 228/11 (Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage) erweitert, die unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt werden soll. Weitere Ergänzungen oder Änderungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

Landschaftsumlage 2012

- Bericht des Herrn Matthias Löb, Erster Landesrat und Kämmerer des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe -

Punkt 3

180/11

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2011

Punkt 4

182-1/11

Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 (Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf)

Punkt 5

Haushalt 2012

Punkt 5.1

228/11

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

Punkt 5.2

191-1/11

Stellenplan für das Jahr 2012

Punkt 5.3

183-1/11

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2012

- Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf -

Punkt 6

184/11

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010

Punkt 7

172/11

Vorlage von Wirtschaftsplänen durch Gesellschaften mit Beteiligung des Kreises Unna

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. Vom 21.06.2011 -

Punkt 8

220/11

Einheitliches Berichtswesen für Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten -

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2011 -

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

221/11

Klageerhebung gegen die Westdeutsche Landesbank (WestLB)

Punkt 11

223/11

Steuerliche Optimierung von Entsorgungsgewinnen | Einsparung Kapitalertragssteuer

Punkt 12

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Landschaftsumlage 2012

- Bericht des Herrn Matthias Löb, Erster Landesrat und Kämmerer des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe -

Erörterung

Herr Löb bedankt sich für die Einladung und berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Stratmann bedankt sich bei Herrn Löb für die Ausführungen und teilt mit, dass der LWL gute Leistungen zugunsten der Menschen erbringe, die darauf einen Rechtsanspruch hätten. Die Finanzierung sei problematisch; die Kreise und kreisfreien Städte hätten in den letzten 10 Jahren erhebliche Steigerungsraten hinnehmen müssen. Beim Kreis Unna hätten sich die Leistungen von rd. 60 Mio. € auf ca. 82-84 Mio. € erhöht. Eine Ausgleichsrücklage oder Eigenkapital läge nicht vor und insofern müsse an die Städte und Gemeinden herangetreten werden. Allerdings seien auch die Städte und Gemeinden an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angekommen. Herr Stratmann appelliere an die politisch Verantwortlichen, bei der Entscheidung über den Hebesatz der Landschaftsumlage die außerordentlich schwierige Finanzsituation des

Kreises Unna und seiner Städte und Gemeinden angemessen zu berücksichtigen.

Herr Klostermann bittet um Informationen zu den Vermögenswerten, Beteiligungen und insbesondere auch zu dem Bereich der RWE-Aktien des LWL. Er fragt, ob es notwendig bzw. sinnvoll sei, eine Kapitalerhöhung beizubringen. Herr Löb antwortet, dass man beim LWL in Bezug auf Vermögenswerte über Beteiligungen sprechen könne. Der größte Anteil des Liegenschaftsvermögens läge überwiegend bei den psychiatrischen Einrichtungen. Dieses Vermögen könne nicht beansprucht werden. In den letzten 10 Jahren habe man sich von einigen wichtigen Beteiligungen getrennt wie Hallenbädern, regionalen Energieversorgern und Verkehrsgesellschaften. Übrig geblieben seien zwei Beteiligungen, die Provinzial und die RWE-Aktien. Zurzeit fände eine politische Diskussion bezüglich der RWE-Aktien statt; a) Trennt man sich von RWE? und b) Wann ist der beste Zeitpunkt? Durch die Dividenden-Zahlungen von Provinzial und RWE läge immerhin eine jährliche Entlastung von 15-25 Mio. € vor. Der LWL genieße den Vorteil des sog. Schachtel-Privilegs. Somit würden keine Gewerbesteuern auf die Dividenden gezahlt. In dieser Schachtel befänden sich 10 von 27 Mitgliedskörperschaften. Der LWL betrachte seine Beteiligung von 2,2 Mio. € in diesem Fall als kommunale Solidarität. Wenn der LWL sich nicht mehr beteilige, müsse jemand anderes die Aktien für den LWL kaufen, um die Schachtel halten zu können. Neben dem Grund der kommunalen Solidarität gebe es einen wirtschaftlichen Grund. Die 2,2 Mio. € seien kreditfinanziert, es sei keineswegs Umlagegeld. Bereits im Jahr 1 sei dieser Betrag amortisiert worden und somit unter ökonomischen Gesichtspunkten eine sinnvolle Maßnahme. In größerem Umfang würden keine Aktien gekauft.

Zur Provinzial äußert sich Herr Löb, dass sie die werthaltigste Beteiligung sei und mit einem Wert von 900 Mio. € in der Bilanz stünde. Aber auch hier läge bereits eine politische Diskussion vor.

Herr Prof. Dr. Hofnagel teilt mit, dass es im Hinblick auf die Nothaushalte zweier Kommunen fraglich wäre, inwieweit es legitim sei, dass der LWL an den erwähnten Positionen bzw. Beteiligungen festhalte. Der richtige Verkaufszeitpunkt für die RWE-Aktien solle nicht verpasst werden, aber zurzeit sei es definitiv der falsche Zeitpunkt. Fraglich sei, ob es sich tatsächlich um kommunale Solidarität handele, wenn an etwas festgehalten werde, was nicht zwingend notwendig sei.

Herr Jasperneite äußert sich dahingehend, dass der Kreis Unna bereits RWE-Aktien verkauft habe; allerdings sei aufgrund des aktuellen Kurses ein Verkauf zurzeit nicht ratsam. Er gehe davon aus, dass der LWL zu einem späteren Zeitpunkt, sobald ein besserer Kurs vorläge, über den Aktienverkauf nachdenken werde. Bezogen auf die Schachtelbeteiligung fragt er nach, ob eine Prüfung stattgefunden habe, dass auch ohne den Einkauf von Aktien die Schachtelrechte aufrecht zu erhalten seien. Es könnten neue gesellschaftsrechtliche Konstruktionen erarbeitet werden. Er wäre froh, wenn kurzfristig nicht über den Kauf von Aktien entschieden werden müsse.

Herr Löb antwortet, dass der LWL eine weit über 100jährige Tradition habe. Viele der Beteiligungen des LWL hätten eine lange Geschichte. Die Provinzial z.B. basiere darauf, dass es damals im ländlichen Raum keine Feuerversicherungen gegeben habe. Zurzeit laufe, wie bereits zuvor erwähnt, diesbezüglich eine politische Diskussion. Bei der Schachtel gehe es immerhin um 35 Mio. € Gewerbesteuerersparnis.

Herr Stalz fragt, ob in Bezug auf das Thema Inklusion beim LWL die zukünftige Kostensteigerung bereits berücksichtigt worden sei. Zum Thema der RWE-Aktien fragt er, wie es mit einer Wertberichtigung aussehe.

Herr Löb antwortet, dass keine Wertberichtigung erforderlich sei, da die Aktien außerhalb des Kernhaushaltes lägen. Eine Kostensteigerung zum Thema Inklusion sei derzeit nicht vorgesehen, da noch nicht feststehe, was auf den LWL zukäme.

Frau Cziehso teilt mit, dass niemand glaube, dass gegen die Kostensteigerung von 65 Mio. € bei den Eingliederungshilfen angespart werden könne. Der Forderung nach einer zumindest teilweisen Übernahme der Eingliederungshilfen durch den Bund müsse man sich anschließen, selbst wenn der LWL im nächsten Haushalt nochmal auf die Ausgleichsrücklage zurückgreife. Anhand der Zahlen sei ersichtlich, dass dies nicht mehr lange gutginge. Wenn Beteiligungen des LWL gute Dividendenausschüttungen ermöglichten, wäre zu überlegen, ob die Beteiligungen noch verbessert werden könnten.

Herr Löb teilt abschließend mit, dass er einen Flyer zum Aufgabenfeld des LWL und eine Broschüre zum Thema Eingliederung von behinderten Menschen in die Gesellschaft mitgebracht habe und legt diese Unterlagen zur Mitnahme aus.

Punkt 3

180/11

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2011

Erörterung

Herr Stratmann teilt mit, dass es sinnvoll sei, diesen Tagesordnungspunkt mit dem Tagesordnungspunkt 4 zu verknüpfen. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Herr Stratmann erläutert die Vorlage und führt aus, dass es gelungen sei, das Ziel einer Nachtragssatzung in die Realität umzusetzen. Diese Nachtragssatzung habe die Senkung der Kreisumlage um einen Punkt vorgesehen. Im Rahmen der Nachtragssatzung könnten weitere Absenkungen vorgenommen werden.

Herr Prof. Dr. Hofnagel hat Nachfragen zur Vorlage 182/11, § 6 der Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011. Er bittet um Auskunft zu Absatz 2, ob die Ausgaben mit den Einnahmen gedeckt werden könnten und welchen Inhalt Absatz 3 gehabt habe.

Herr Stratmann antwortet, dass es weitere Verbesserungen für die drei Kommunen geben werde und dies im Kreisausschuss bzw. Kreistag in der Tischvorlage deutlich werde. Herr Appel teilt mit, dass im Absatz 3 der Hinweis gestanden habe, dass die Kreisumlage in Teilbeträgen zum 05. eines jeden Monats fällig sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum dieser nun entfalle. Eine Klärung erfolge spätestens im Kreisausschuss bzw. Kreistag.

Zu den Personalaufwendungen teilt Herr Stratmann mit, dass es eine Erstattung durch das Jobcenter Kreis Unna gegeben habe. Dies halte sich die Waage, es werde von einer Gesamterstattung ausgegangen. Bei der Übernahme der Versorgungsverwaltung entstünden dem Kreis Kosten, beim Jobcenter dagegen sei es auskömmlich.

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.09.2011 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

182-1/11

Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 (Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf)

Der Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 3 mitberaten.

Punkt 5

Haushalt 2012

Der Haushalt 2012 wird unter den Tagesordnungspunkten 5.1 bis 5.3 beraten.

Punkt 5.1

228/11

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

Erörterung

Herr Barrenbrügge teilt mit, dass die Forderung der beiden Kommunen Selm und Schwerte eine geringere Zahllast sei. Diesen Forderungen könne nachgekommen werden, wie bereits vorab erläutert.

Herr Stratmann erörtert, dass die Kreisumlage evtl. weiter gesenkt werden könne, da die Zahllast sich voraussichtlich vermindern werde und man ggfls. unter die Zahllast von 2011 kommen werde. Eine Entscheidung werde im Kreisausschuss bzw. Kreistag erfolgen. Abhängig sei dies auch von den Entscheidungen, die in Kürze beim LWL getroffen würden. Herr Stratmann verweist auf Seite 5 der Vorlage und macht deutlich, dass sich der Kreis Unna solidarisch mit den anderen Kommunen auf den Weg gebe und dies auch immer schon so gemacht habe.

Herr Barrenbrügge stellt fest, dass sich hier bis zum Kreisausschuss bzw. Kreistag Änderungen ergeben könnten und somit auf eine Beschlussempfehlung verzichtet werde. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 5.2

191-1/11

Stellenplan für das Jahr 2012

Erörterung

Herr Stratmann teilt mit, dass die Ergänzungsvorlage im Zusammenhang mit dem Jobcenter Kreis Unna stehe. Hier sei nach Erstellung der ursprünglichen Sitzungsvorlage zum Stellenplan die Neubewertung von

20 Stellen erforderlich gewesen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tarifgerecht einzugruppieren. Die damit in Zusammenhang stehenden Veränderungen seien in die nun zu beratende Vorlage eingeflossen.

Herr Barrenbrügge stellt fest, dass sich auch hier bis zum Kreisausschuss bzw. Kreistag Änderungen ergeben könnten und somit auf eine Beschlussempfehlung verzichtet werde. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 5.3

183-1/11

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2012

- Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf -

Erörterung

Herr Barrenbrügge stellt fest, dass sich auch hier bis zum Kreisausschuss bzw. Kreistag Änderungen ergeben könnten und somit auf eine Beschlussempfehlung verzichtet werde. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 6

184/11

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010

Erörterung

Herr Appel erläutert die Vorlage und hebt wesentliche Veränderungen hervor. Im abgelaufenen Jahr sei die Umstrukturierung der WVG-Gruppe ein herausragendes Ereignis gewesen. Ein weiteres Highlight stelle die Gründung der Gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe dar.

Der Vorsitzende ergänzt, dass in dem Beteiligungsbericht Änderungen auf Seite 45 sowie auf Seite 57 vorzunehmen seien, hier handele es sich um Besetzungen in den Gremien der Gesellschaften. Diese Änderungen seien noch nicht vorhanden, da der Beteiligungsbericht in seiner alten Fassung erschienen sei.

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

172/11

Vorlage von Wirtschaftsplänen durch Gesellschaften mit Beteiligung des Kreises Unna

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. Vom 21.06.2011 -

Erörterung

Herr Appel führt aus, dass der Antrag inhaltsgleich mit dem Antrag von Herrn Vaerst wäre und bereits in diesem Ausschuss diskutiert worden sei. Zur Vorlage von Wirtschaftsplänen durch die Gesellschaften habe der Kreis eine Rechtsposition, an der sich nichts geändert habe. Der Landrat bzw. die Verwaltung vertrete die

Auffassung, dass es keinen Anspruch geben könne, weder eines einzelnen Kreistagsmitgliedes noch einer Fraktion, die regelmäßige Vorlage von Wirtschaftsplänen der Beteiligungen einzufordern. Er teilt mit, dass die Forderung, wie im Antrag dargestellt, aus rechtlichen Gründen so nicht erfolgen könne.

Herr Sell erörtert, dass immer mitgeteilt werde, dass Verwaltungshandeln auf große Transparenz aufbaue, aber dies bei den Beteiligungsgesellschaften nicht der Fall sei. Er stellt als gutes Beispiel für derartige Transparenz die Regelungen der Stadt Münster vor.

Frau Cziehso teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man sich an die rechtliche Würdigung des Büros Aderholt halte. Zum Schutz der Gesellschaften werde das vorgeschlagene Verfahren für nicht richtig gehalten. Jedes Kreistagsmitglied könne in der Beteiligungsverwaltung die entsprechenden Unterlagen einsehen. Dem Antrag werde aus den genannten Rechtsgründen nicht zugestimmt.

Herr Prof. Dr. Hofnagel stimmt Frau Cziehso zu und weist auf die schutzwürdigen Aspekte bei Wirtschaftsplänen hin. Er spricht sich für die Festlegung eines Mindeststandards aus; die Gewinn- und Verlustrechnung solle offengelegt werden. Es gehe allen um Transparenz, aber die schutzwürdigen Aspekte seien ebenfalls zu beachten. Hier müsse eine Prüfung erfolgen.

Herr Jasperneite führt aus, dass der Antrag bei weiterer Aufrechterhaltung von der CDU-Fraktion abgelehnt werde. Im neuen Jahr solle eine erneute Diskussion geführt werden auch im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU, die sich ein standardisiertes Berichtswesen wünsche. Er betont, dass die Forderung nach einer standardisierten, kompletten Öffnung aller Unterlagen in allen Gremien abgelehnt werden würde.

Herr Vaerst teilt mit, dass er diese Angelegenheit initiiert habe und dem Antrag zustimmen werde. Er habe eine andere Rechtsauffassung.

Herr Appel schlägt vor, die vom Ausschuss gewünschten Informationen im Rahmen des Gesamtabchlusses über die Inhalte von Anhang und Lagebericht mit abzudecken. Zum Umfang der gewünschten Informationen und der Beratungsintensität wäre grundsätzlich eine Vorgabe des Ausschusses notwendig.

Frau Cziehso spricht sich dafür aus, über den Vorschlag von Herrn Appel in einer der nächsten Sitzungen zu beraten. Sie teilt mit, dass allen grundsätzlichen Entscheidungen in den Unternehmen Kreistagsbeschlüsse zugrunde lägen und somit bekannt seien.

Herr Sell führt aus, dass er kein Problem damit habe, Kompromisse zu schließen, wenn dieser Kompromiss beinhalte, dass die Beteiligungsgrundsätze der Stadt Münster als Grundlage dienten.

Herr Vaerst begrüßt den Vorschlag von Herrn Appel. Heute werde keine Abstimmung erfolgen. Im Zuge des Berichtswesens im kommenden Jahr solle überlegt werden, wie man den heute angesprochenen Anliegen gerecht werden könne.

Zum Abschluss der Diskussion wird festgestellt, dass Herr Sell den gestellten Antrag zurückgezogen habe.

Herr Barrenbrügge fasst zusammen, dass der Auftrag an die Verwaltung erfolge, zu prüfen, wie diese Art Berichtswesen aussehen kann und was rechtlich möglich ist. Nach Vorlage dieses Prüfungsergebnisses wird die Beratung in einer Ausschusssitzung fortgesetzt.

Punkt 8

220/11

Einheitliches Berichtswesen für Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten -
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2011 -

Erörterung

Herr Meyer teilt ergänzend mit, dass der Antrag in die Richtung gehe, über die im Vorfeld beraten worden sei. Er vertraue hier auf die Verwaltung, dass diese einen Vorschlag erarbeite, wie ein solches Berichtswesen aussehen könne. Anschließend solle darüber beraten werden.

Herr Klostermann führt aus, dass ein Zeitplan festgelegt werden solle, damit eine zügige Umsetzung erfolgen könne.

Frau Cziehso spricht sich ebenfalls für eine zügige Umsetzung aus und ihre Nachfrage, ob es richtig sei, dass die Umsetzung bereits mit dem Vertrag der Träger der Freien Wohlfahrtspflege erfolge, wurde bejaht.

Der Ausschuss erklärt sich mit dem folgenden Beschlussvorschlag einverstanden:

„Der Landrat wird beauftragt, in künftige Vereinbarungen mit Dritten ein standardisiertes Berichtswesen über die zweckentsprechende Verwendung der vom Kreis Unna gewährten Zuschüsse festzuschreiben.

Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie ein Berichtswesen aussehen kann.“

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

221/11

Klageerhebung gegen die Westdeutsche Landesbank (WestLB)

Punkt 11

223/11

Steuerliche Optimierung von Entsorgungsgewinnen | Einsparung Kapitalertragssteuer

Punkt 12

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung

18.00 Uhr

Anlage

Folienpräsentation zum Bericht des Herrn Löb vom LWL

Barrenbrügge

Vorsitzender

Scholz

Schriftführerin